

# „Ich habe meinen Platz gefunden“

Der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold erlebt in seiner vierten Legislaturperiode Politik erstmals aus Sicht der Opposition

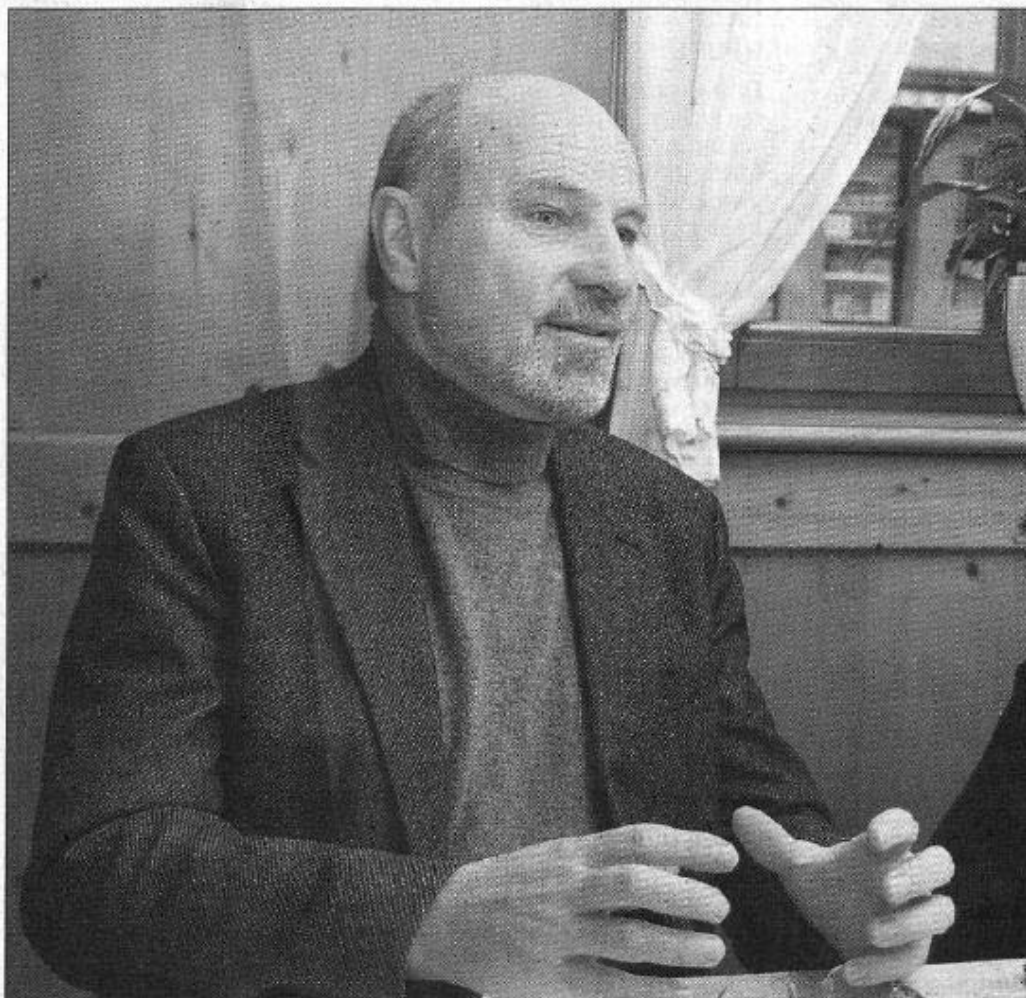
Seit 1998 sitzt Rainer Arnold für die SPD im Bundestag- bis zum September letzten Jahres als Mitglied einer Regierungspartei. Opposition ist für ihn eine neue Erfahrung. Als verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion kann er derzeit über mangelnde Popularität allerdings nicht beklagen - die Vorfälle in Afghanistan sorgen weiter für Gesprächsstoff.

VON VOLKER HAUSSMANN

Jedes Jahr beginnt mit Rück- und Ausblicken. Alle Jahre wieder lädt auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold die Kreis-Presse zum zwanglosen Gespräch ein. Am gestrigen Montag zog der 59-jährige Politiker im Unterensinger „Löwen“ eine Bilanz seiner politischen Arbeit.

Die letzte Bundestagswahl endete für die SPD bekanntlich mit einem Debakel. „Ich will nicht verhehlen, dass ich ein Vierteljahr gebraucht habe, um mich mit dem Wahlergebnis zu arrangieren“, sagte Arnold. Er sei kein schlechter Verlierer, aber er habe sehr damit gehadert, dass „die Bürger an uns strengere Maßstäbe anlegen“ als an die anderen Parteien. „Man muss sich aber auch fragen: Was macht man selber falsch?“ Inzwischen sei er in der Opposition angekommen. „Ich habe meinen Platz gefunden als verteidigungspolitischer Sprecher der größten Oppositionspartei.“ Als solcher versteht er sich als Gegenpart zum Verteidigungsminister. „Eine interessante Aufgabe.“

Das Thema Verteidigung sei zwar nicht immer populär, es habe aber in letzter Zeit enorme Dynamik bekommen - durch den Untersuchungsausschuss, der sich mit den Bombenabwürfen im afghanischen Kundus befasse. „Das Thema hat mich die letzten Wochen sehr ausgefüllt.“ Im Brennpunkt stünden besonders die „desolate“ Informationsstrategie der Bundesregie-



Gesuchter Gesprächspartner: der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold Foto: vh

rung und die Entlassung des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium durch Minister zu Guttenberg. „Der Untersuchungsausschuss wurde schlecht informiert“, so der SPD-MdB. Ob aber die Politik oder die Generalität versucht habe, etwas zu vertuschen, „wissen wir nicht“. Arnold: „Wenn die Truppe Informationen zurückgehalten hätte, hätten wir ein ernsthaftes Problem.“

Das Thema spalte die Gesellschaft. „Das Vertrauen, das zerstört wurde, kann nur durch lückenlose Aufarbeitung wieder hergestellt werden.“ Überdies sei die Frage, was dürfen die deutschen Soldaten, noch nicht ausdiskutiert. Außerdem solle die Bundesregierung endlich erklären, mit welchem Konzept sie zur demnächst anstehenden Afghanistan-Konferenz nach London fahre.

Der Lack des Bundesverteidigungsministers zu Guttenberg, stellt Arnold fest, habe Kratzer bekommen. Der Untersuchungsausschuss sei gleichsam eine Nagelprobe für den in der Bevölkerung hoch angesehenen Politiker. Er, Arnold, kenne bisher keinen Fall, wo sich zu Guttenberg substantiiert geäußert hätte. „Es ist überhaupt nichts Konkretes bei ihm da.“

Kritisch sieht Arnold auch die Finanzpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition. Diese habe „im letzten Vierteljahr zehn Milliarden Euro zusätzlich verpulvert“ - zusätzlich zu dem, was vordem die Große Koalition ursprünglich an Ausgaben beschlossen habe. Arnold nannte hier unter anderem die Mehrwertsteuersenkung für Hotels. „Ich habe aber nicht den Eindruck, dass die Hotelübernachtungen günstiger werden.“

Die finanzielle Situation der Kommunen verschlechtere sich, was zur Folge habe, dass die Gebühren steigen, besonders auch für Kindertagesstätten und Kindergärten. Die von der Koalition geplante Steuersenkung bezeichnete Arnold angesichts 60 Milliarden Euro jährlicher Zinslast bei einem Gesamtetat von 280 Milliarden Euro als „irrsinniges Vorhaben“. Währenddessen sei „die Bildungspolitik in keiner Weise materiell unterfüttert“, sei der von der Koalition geplante Umbau der bewährten Jobcenter in zwei getrennte Behörden mit erheblichen Zusatzkosten verbunden. Arnold: „Ich würde mir wünschen, dass aus dem Kreis mehr Druck kommt auf die Koalitionsvertreter.“

Man solle doch endlich seinen Frieden mit dem Projekt Stuttgart 21 machen, forderte Arnold. Harte Ablehnung mache keinen Sinn. Allerdings „müssen wir darauf schauen, dass das Projekt nicht nur in Stuttgart voll realisiert wird und auf den Fildern gibt's nur eine Sparversion“. Unabhängig von der Trassenvariante dürfe es für die Leute auf den Fildern keinen zusätzlichen Lärm geben. Wichtig sei, dass sich in dieser Frage alle „massiv mit einmischen“.